

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1934

99 (28.4.1934)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage
Bezugspreis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger und unsere Auswärtigen frei ins Haus monatlich Goldmark 1,25 zuzüglich 36 Pfa. Postaufschlag. Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 1/28 bis 5 Uhr Sonntags geschlossen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 465
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 6903

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung **Begr. 1839**
General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Helteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt
Wöchentl. Beilagen: Ein Blick in die Welt • Die Brunnenstube • Aus dem Reich der Mode • Ratgeber für Haus- u. Landwirtschaft

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 46 mm breite Millimeter-Zeile 5 Goldpf.
Reklamen: Die 92 mm breite Millimeter-Zeile 15 Goldpf.
Grundschrift im Anzeigen- und Textteil ist Petit.
Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Betreibung erlischt.
Anzeigen-Annahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher ausgegeben werden.
Bank-Konto: Vereinsbank Sinsheim e. G. m. b. H.
Giro-Konto: Spar- u. Waisenkasse Sinsheim (öffentl. Sparkasse)

Nr. 99.

Samstag, den 28. April 1934.

95. Jahrgang

Reichsaußenminister Freiherr von Neurath vor den Vertretern der deutschen Presse.

Berlin, 28. April. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath hielt am Freitagabend vor einem Kreis von Vertretern der deutschen Presse eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die seit mehr als sechs Monaten geführten Verhandlungen zwischen den hauptsächlich beteiligten Großmächten sind

von Frankreich brüsk abgebrochen worden, und zwar mit einer Begründung, die die schwersten Beschuldigungen gegen Deutschland in sich schließt.

Die in der französischen Note gegen Deutschland gerichteten Angriffe und Vorwürfe laschlich im einzelnen zu entkräften, scheint mir allerdings kaum erforderlich zu sein. Es ist ja leicht zu sehen und ist sicherlich nicht nur in Deutschland erkannt worden,

daß die wahren Gründe für den schwerwiegenden Entschluß der französischen Regierung in anderen Dingen liegen als den von ihr beanstandeten Zahlen unseres letzten Budgets.

Muß es nicht von vornherein einem jeden, der die Dinge natürlich und einfach sehen will, in Entzinnen liegen,

daß eine Regierung, deren eigene Wehrausgaben sich im letzten Jahre auf über 16 Milliarden Franken beliefen, Alarm schlägt wegen des auf 890 Millionen RM. bezifferten Budgets ihres Nachbarlandes?

Ist es nicht befremdend, wenn die französische Regierung die diesjährige Erhöhung des deutschen Budgets um etwa 220 Millionen RM. als eine Friedensbedrohung brandmarken will, obwohl der größte Teil dieser Summe für die gerade von Frankreich geforderte Umwandlung unserer Reichswehr in Aussicht genommen worden ist?

Hat nicht Frankreich selbst seine Wehrausgaben in den letzten Jahren trotz der schwebenden Abrüstungsverhandlungen wiederholt sprunghaft erhöht? Und kann eine Macht, die über die gewaltigste militärische Ausrüstung der Welt verfügt und ihre eigene höchstentwickelte Zivilisation mit den größten Mitteln unterstützt, wirklich ernstlich in Sorge darüber sein, daß Deutschland, um seine Zivilbevölkerung durch besondere Einrichtungen in den Oststaaten gegen feindliche Luftangriffe zu schützen, den Betrag von 50 Millionen und daneben für Reorganisation der seit Jahren darniederliegenden Zivilisation den Betrag von 160 Millionen RM. in seinem Etat bereitstellt?

Man braucht nur das von der englischen Regierung veröffentlichte Statement vom 16. April ds. Js., das die letzte deutsche Stellungnahme kurz zusammenfaßt, der gleich darauf veröffentlichten französischen Note an England gegenüberzustellen, um zu erkennen, daß das Verhalten Deutschlands nicht den geringsten sittlichen Grund für die plötzliche Flucht aus den Verhandlungen darbot. Die französische Regierung will den entscheidenden Gesichtspunkt für die Beurteilung des deutschen Budgets allein aus der Tatsache entnehmen, daß die Versailler Vertragsregelung noch durch keinen anderen Vertrag ersetzt sei. Ich verzichte darauf, diesen Standpunkt durch den Hinweis darauf zu widerlegen,

daß die militärischen Klauseln des Versailler Vertrages überhaupt nichts über die Höhe des deutschen Budgets enthalten und daß die eintägige Bereitstellung von Mitteln noch nicht mit ihrer tatsächlichen Beanspruchung gleichbedeutend ist.

Denn weit wichtiger ist es, sich klar zu machen, was der französische Standpunkt im Prinzip befragt. Er läuft darauf hinaus,

daß die Behandlung der Abrüstungsfrage in freiem Verleiben der hochgerüsteten Staaten steht, daß Deutschland dagegen geduldig abzuwarten hat, was sie beschließen, und daß es selbst dann kein Recht hätte, etwas zu fordern und zu tun, wenn die anderen Mächte nach den bisherigen acht Jahren noch weitere zwei oder fünf oder zehn Jahre ergebnislos verhandeln und dabei ihre eigenen Rüstungen fortgesetzt steigern.

Ich gestehe offen, ich habe es nicht für möglich gehalten, daß eine Regierung bei dem jetzigen Stande der Dinge und angesichts der ganzen Art, in der wir die Verhandlungen mit ihr geführt haben, heute noch ernsthaft mit einer solchen These hervortreten könnte.

Die Signaturmächte sind seit langem nicht mehr frei, in der Abrüstungsfrage nach beliebigem Ermessen und Gutdünken zu handeln. Sie haben in den Verträgen von 1919 dem Problem keine konkrete Form dadurch gegeben, daß sie einerseits die Zentralmächte zur reitlosen Entwaffnung gezwungen,

daß sie andererseits aber diese außerordentliche Maßnahme vertraglich als ersten Schritt zur Durchführung der allgemeinen Abrüstung festgelegt haben.

Die Leistung Deutschlands ist bis zum letzten Buchstaben des Vertrages erfüllt worden.

Die seit Jahren fällige Gegenleistung, die Durchführung der allgemeinen Abrüstung, steht vollständig aus, und nirgends ist ein Anhaltspunkt dafür gegeben, daß sie in absehbarer Zeit bewirkt werden würde.

Das ist die wirkliche Grundlage des Abrüstungsproblems. Es hat lange genug gedauert, bis endlich die Abrüstungskonferenz zusammenberufen wurde. Aber sie ist doch schließlich zusammenberufen worden, und so fruchtlos ihre Verhandlungen auch geblieben sind, das eine ist dadurch doch wenigstens gegenüber der jetzt von Frankreich beliebten These festgestellt und zur allseitigen Anerkennung gebracht worden, daß nämlich eine Fortdauer des Zustandes einseitiger Entwaffnung Deutschlands inmitten seiner hochgerüsteten und auch in ihren künftigen Rüstungsmaßnahmen unbeschränkter Nachbarn eine flagrante Rechtswidrigkeit und eine politische Unmöglichkeit sein würde.

Ein einfaches Verbleiben Deutschlands bei dem ihm in Versailles angedrohten Rüstungsregime wäre deshalb nur dann in Frage gekommen, wenn die anderen Mächte sich entschlossen hätten, ihre Rüstungen auf das gleiche Niveau herabzusetzen. Aber diese Forderung ist kategorisch abgelehnt worden, und seitdem konnten sich die Verhandlungen, soweit sie Deutschland betrafen, nur noch um die Frage bewegen, auf welche andere Weise die deutsche Gleichberechtigung zu ver-

wirklichen wäre. Das ist in der bekannten Hauptmächterklärung vom Dezember 1932 ausdrücklich u. bindend festgelegt

und durch die seitherigen Abrüstungsverhandlungen, so ergebnislos sie auch sonst verlaufen sind, bestätigt worden. Mit Recht hat deshalb die deutsche Regierung in ihrem an die französische Regierung gerichteten Memorandum vom 18. 3. 1934 es

als eine selbstverständliche, von allen Seiten längst anerkannte Tatsache hingestellt, daß für Deutschland unter keinen Umständen mehr ein Rüstungsstand in Betracht kommen könne, wie er in Versailles festgelegt wurde.

Will man aber schon nach rein formalrechtlichen Grundsätzen urteilen, dann sollte man sich die Frage vorlegen, wenn wohl das bessere Recht zur Seite steht, ob Frankreich, wenn es die These seiner letzten Note vertritt, oder Deutschland, wenn es jetzt etwa darauf bestehen wollte, seine Gleichberechtigung sofort und uneingeschränkt bis zu dem Maße verwirklicht zu sehen, das dem Rüstungsstande der hochgerüsteten Staaten, vor allem Frankreichs, entspräche?

Deutschland hat diesen Anspruch nicht erhoben. Es hat zwar an der Gleichberechtigung als Grundlag und an seiner Verwirklichung als dem künftigen Endziel festgehalten, hat sich aber in nüchternen, realpolitischen Würdigung der gegebenen Verhältnisse dazu verhalten, für die erste Abrüstungskonvention eine Regime zu akzeptieren, das nur einen äußerst bescheidenen Teil jenes Endzieles in die Tat umsetzt.

Wir haben an diesem maßvollen Standpunkt auch dann festgehalten, als sich immer deutlicher herausstellte, daß mit irgend welchen erheblichen Abrüstungsmaßnahmen der hochgerüsteten Staaten, insbesondere Frankreichs, nicht zu rechnen war.

Wir haben auf alle Angriffsweisen von vornherein verzichtet.

Wir haben erklärt, daß wir jede auch noch so weitgehende Rüstungsbeschränkung für Deutschland annehmen würden, wenn das auch seitens der anderen Mächte geschieht. Wir haben es also in die Entscheidung der anderen Mächte gestellt, welche Waffenarten künftig überhaupt noch allgemein als zugelassen gelten sollen. In der besonders wichtigen Frage der Luftrüstung haben wir, wie sich aus den schon erwähnten Statement der englischen Regierung ergibt, auch hinsichtlich der Quantität unserer Forderungen die weitgehendsten Zugeständnisse gemacht. Daneben haben wir uns mit der Einführung einer wirksamen Kontrolle einverstanden erklärt und

haben alle denkbaren Garantien angeboten, um den nichtmilitärischen Charakter der politischen Organisationen in Deutschland sicherzustellen.

Ist es angesichts dieses liberalen Sachverhalts überhaupt noch verständlich, wenn in der letzten französischen Note der Vorwurf erhoben wird, Deutschland wolle den anderen Mächten seinen Entschluß aufzwingen, seine Ausrüstung auf allen Gebieten und in einem von ihm allein zu bestimmenden Umfang fortsetzen?

Wir sind bis an die äußerste Grenze desjenigen gegangen, was noch mit unseren vitalen Interessen zu vereinbaren war.

Auch jetzt sind wir zur Verständigung jederzeit bereit. Noch lehrte ich, wie Sie wissen, zur Erleichterung und Förderung der internationalen Verhandlungen vom Herrn Reichspräsidenten ein besonderer Bevollmächtigter für die Abrüstungsfrage ernannt worden.

Litwinow antwortet.

Berlin, 28. April. Die gestern veröffentlichte deutsche Stellungnahme zum sowjetrussischen Vorkonferenzplan gibt dem sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow Anlaß eine Erklärung zu veröffentlichen, in der er den deutschen abfälligen Bescheid bedauert und betont, daß die von der deutschen Regierung gegebenen Erklärungen die Bedeutung der Ablehnung des Vorschlages nicht abschwächen könnten.

Sein Vorschlag sei im Sinne der Friedensliebe der Sowjetunion und der Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion gemacht worden.

Es sei nicht zutreffend, daß die Sowjetregierung der polnischen Regierung ein ähnliches Protokoll vorgelegt habe. Die Sowjetregierung habe nur eine gemeinsame polnisch-russische Erklärung vorgelegt, in der die Entschlossenheit zum Schutze des Friedens im Osten Europas bekannt gegeben und die Notwendigkeit der vollkommenen wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit der neuen politischen Gebilde anerkannt werden sollte, die sich dem früheren russischen Reich losgerissen hätten.

Sine Verletzung des Friedens im Osten Europas würde ein Vorpiel zum Weltkrieg sein. Die Sowjetregierung sei um die Wahrung des Friedens besorgt. (1)

Das Protokoll wäre das beste Mittel für die Befestigung von Verdächtigungen über das Bestehen einer Gefahr für die baltischen Staaten gewesen. Herr Litwinow bestreitet, daß aus dem Protokoll ein Protektorat herausgelesen werden könne. Die Tatsache, daß man einem Lande die Sicherheit garantiere, sei nicht mit einem Protektorat zu vergleichen. Es handle sich vielmehr um eine freiwillig übernommene Verpflichtung, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit anderer Staaten zu achten. Der Vorschlag würde bei den interessierten baltischen Staaten sicher wohlwollend aufgenommen werden.

Diese Ausführungen des sowjetrussischen Außenkommissars enthalten kein Argument, das geeignet wäre, die deutsche Auffassung zu widerlegen. Auch von sowjetrussischer Seite kann nicht bestritten

Es war niemals unser Ziel, die Frage des künftigen deutschen Rüstungsregimes einfach durch einseitige Entschlüsse und Maßnahmen zu lösen. Die Reichsregierung ist sich stets der Tatsache bewußt gewesen und ist sich ihrer auch heute bewußt, wie legendärsich gerade eine Einigung über das Abrüstungsproblem für die Wiederherstellung des Vertrauens und für die politische und wirtschaftliche Zukunft aller Länder auswirken würde. Deshalb wünschen wir nach wie vor das baldige Zustandekommen einer Konvention.

An den Vorschlägen und Zugeständnissen, wie wir sie zuletzt gemacht haben, halten wir fest. Alle Behauptungen, als ob wir uns nicht nur auf die Vorbereitung einer defensiven Ausrüstung, sondern auf die Ausrüstung mit Angriffswaffen eingestellt hätten, verweise ich auf das Entscheidende in das Reich der Fabel. Unsere Vorschläge und Zugeständnisse aber zum Inhalt eines Vertrages zu machen, das steht fest nicht mehr bei uns, sondern bei den anderen Mächten. Nachdem die französische Regierung den von uns eingeschlagenen, nach unserer Ansicht allein zweckmäßigen Weg durch ihren plötzlichen Entschluß verbannt hat, kann es nicht unsere Sache sein, ihn von neuem zu eröffnen.

Wir sind uns über den Ernst und die Schwierigkeiten der Lage, die durch den letzten französischen Schritt entstanden ist, im klaren.

Unser Standpunkt ist aber in rechtlicher, moralischer und politischer Beziehung zu fest begründet, als daß wir der weiteren Entwicklung der Dinge etwa mit Angst entgegensehen müßten. Die deutsche Regierung geht glücklicherweise nicht allein mit ihrer Ueberzeugung.

Die englische und italienische Regierung haben ihre Auffassung über die anzutrebende Lösung seit langem bekanntgegeben, eine Auffassung, die in den entscheidenden Grundlinien mit unserer eigenen übereinstimmt. Auch die neutralen Mächte haben sich neuerdings mit Nachdruck für die Notwendigkeit des baldigen Abschlusses einer Abrüstungskonvention ausgesprochen, die dem Grundlag der Gleichberechtigung Rechnung trägt.

So können wir erwarten, daß sich die Gesetze der Vernunft und der Billigkeit, die in diesem Falle so klar zu Tage liegen, schließlich doch Geltung verschaffen werden.

Die Reichsregierung hat dafür, soweit es an ihr liegt, alle Voraussetzungen geschaffen. Nur ein gegen Angriffe gesichertes Deutschland kann die Friedensfunktion erfüllen, die ihm im Zentrum Europas obliegt.

Ein wehrloses Reich müßte nach allen Gesetzen der Geschichte schließlich zu Machtkämpfen und zur Zersplitterung des Kontinents führen.

Mögen die anderen Regierungen die große Chance benützen die ihnen die Reichsregierung unter ihrer starken und sicheren Führung bietet. Unsere Hand bleibt auch weiterhin zur Verständigung ausgestreckt, und ich wiederhole, was ich schon öfters erklärt habe: Es kommt nur auf den Entschluß der anderen Regierungen an, diese Hand zu ergreifen.

Berliner Transferrkonferenz eröffnet

Berlin, 28. April. Die Konferenz zwischen den Vertretern der Gläubiger der lang- und mittelfristigen deutschen Auslandsschulden und den Vertretern der Reichsbank ist am Freitag um 15 Uhr zusammengetreten. Leon Frazer, der Präsident der Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Zum Sekretär wurde Direktor Blessing von der Reichsbank ernannt. Es fand ein vorläufiger Gedankenaustausch über das Transferrproblem statt, der zur Bildung von zwei Unterkomitees mit technischem Charakter führte, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen. Die Konferenz wird ihre Aussprache am Samstag um 11 Uhr fortsetzen.

werden, daß die Sicherheit der baltischen Staaten von keiner Seite bedroht ist und daß daher nicht der geringste Anlaß zu einem derartigen deutsch-sowjetrussischen Pakt vorliegt.

Außerdem ist festzustellen, daß der sowjetrussische Vorschlag vertragliche Abmachungen bezüglich dritter Staaten bezweckt, ohne daß diese Staaten dies gewünscht hätten oder auch nur gefragt worden wären. Daß die politischen Ideen der Regierungen der baltischen Staaten sich in ganz anderer Richtung bewegen, ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus den Nachrichten über die Aufnahme des sowjetrussischen Vorschlages. Der lettische Ministerpräsident Ulmanis hat in einem Presseinterview seine Ueberzeugung über die von Sowjetrußland eingeleiteten Verhandlungen zum Ausdruck gebracht. Wir glauben auch zu wissen, daß bei den Regierungen der übrigen interessierten Länder volles Verständnis für die deutsche Auffassung herrscht.

Die deutsche Stellungnahme zum dem sowjetrussischen Vorschlag ändert selbstverständlich nichts an dem Wunsch der deutschen Regierung, mit der Sowjetregierung freundschaftliche und für beide Teile nutzbringende Beziehungen zu unterhalten.

Eine gleiche Einstellung in Moskau, die nur eine Frage des politischen Entschlusses ist, dürfte das beste Mittel sein, zu einer Wiederherstellung vertrauensvoller Beziehungen zwischen beiden Ländern zu gelangen.

Daß Litwinow den gleichen Pakt ursprünglich Polen vorgeschlagen hat, wird auch durch eine Meldung aus Riga erhärtet, in der eine Stellungnahme des lettischen Bauernbundes zitiert wird:

Wir müssen betonen, daß uns dieser Schritt Sowjetrußlands überrascht hat. Er überrascht uns deshalb, weil Sowjetrußland Verhandlungen über die Garantie der Unabhängigkeit der baltischen Staaten eingeleitet und geführt hat, ohne Wissen und ohne Teilnahme der baltischen Staaten.

Eine ähnliche Lage hat es bereits früher gegeben, als Sowjetrußland genau solche Verhandlungen mit Polen begonnen hat. Im einen wie im anderen Falle hat Sowjetrußland versucht, die baltischen Staaten vor die vollendeten Tatsachen zu stellen und über deren Schicksal zu entscheiden, ohne daß diese irrendwie hätten mitreden können. Es ist natürlich,

daß solche heimlich geführten Verhandlungen ohne Teilnahme der interessierten Staaten niemals die Ergebnisse haben können und wie wir gesehen haben, auch nicht gehabt haben, die zu erreichen möglich wären, wenn die baltischen Staaten an den Verhandlungen selbst teilgenommen hätten.

Ermächtigungsgesetz für Volkshilfe Verfassungsänderung durch Notverordnung

Wien, 28. April. Die Entscheidung über die Einberufung des Nationalrates zum Inkrafttreten der neuen österreichischen Bundesverfassung ist gefallen. Die Bundesregierung wird die neue Verfassung auf parlamentarischem Wege in Kraft setzen lassen.

Von amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß schon heute die Notverordnung der Regierung veröffentlicht wird, durch die der Apparat zur Annahme der neuen Bundesverfassung in

Gang kommt. In der Regierungsverordnung wird der der Christlichsozialen Partei angehörende zweite Präsident des Nationalrates, der Abgeordnete Ramek, beauftragt, das Präsidium des Nationalrates zu übernehmen. Ramek hat daraufhin

den Nationalrat zu Montag, 10 Uhr einberufen. Die Regierung wird dem Nationalrat ein

Ermächtigungsgesetz zur Annahme vorlegen, nach dem alle Rechte des Parlaments auf die Regierung übergehen. Das Ermächtigungsgesetz, das ein besonderes Verfassungsgesetz ist, besteht aus vier Artikeln.

Die neue österreichische Bundesverfassung wird dem Nationalrat in Form einer Notverordnung vorliegen.

Die Unterzeichnung des Kontrats mit dem Vatikan ist gleichfalls auf den 1. Mai festgesetzt worden. In dem Ermächtigungsgesetz wird der Bundespräsident beauftragt, das Kontrats mit dem Vatikan zu ratifizieren.

Zuerst Wirtschaftsfrieden.

Der amerikanische Sondergesandte Washburn Child empfängt die Presse.

Berlin, 28. April. Die amerikanische Botschaft veranstaltete gestern mittag anlässlich des Eintreffens des vom Staatssekretär der Vereinigten Staaten in besonderer Mission auf eine europäische Rundreise entsandten Sondergesandten Richard Washburn Child einen Empfang für die Vertreter der deutschen Presse. Der Sondergesandte hat noch im Laufe des Donnerstags dem Reichsminister des Auswärtigen Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet. Er und Freiherr von Neurath haben zu gleicher Zeit in Rom als Botschafter gewirkt und sind, wie gelegentlich des Presseempfangs hervorgehoben wurde, seit dieser Zeit persönlich befreundet. Im Laufe des Tages hat Herr Child außerdem noch

Besprechungen mit mehreren Vertretern der Bank- und Industriewelt gehabt und dem Reichswirtschaftsminister in Begleitung des amerikanischen Geschäftsträgers White einen Besuch abgestattet.

Herr Child beabsichtigt, in Berlin bis zum kommenden Mittwoch zu bleiben. Er beabsichtigt, auch mit weiteren Vertretern des staatlichen und wirtschaftlichen Lebens Deutschlands in Fühlung zu treten. Im Anschluß daran ist unter Umständen der Besuch einiger Mittelpunkte der deutschen Industrie in Aussicht genommen.

Es wurde hervorgehoben, daß im Anschluß an die Londoner Weltwirtschaftskonferenz im wirtschaftlichen Gefüge Europas zahlreiche Verlagerungen eingetreten sind. Infolgedessen habe Staatssekretär Hull, der Präsident der Weltwirtschaftskonferenz gewesen ist, ebenso wie die gesamte Regierung der Vereinigten Staaten

es für wichtig gehalten, die europäischen Wirtschaftsverhältnisse zum Gegenstand einer neuen besonderen Untersuchung zu machen.

Herr Child unterstrich heute noch einmal, daß es nicht seine Aufgabe sei, Verhandlungen zu führen oder Vorschläge zu machen. Die Absicht seiner Regierung sei es, ihre Kenntnis von den Hindernissen, die sich sowohl in anderen Ländern wie in Amerika dem regelmäßigen Fließen der Handelsbeziehungen in den Weg stellen, zu vertiefen.

Dieses unacheure Problem könne nur gelöst werden auf

dem Wege gemeinschaftlicher Arbeit. Es gebe keinen Diktator, der eine neue Weltwirtschaft erzwingen könne.

Es sei ihm bekannt, daß sowohl in England wie in Deutschland vielfach die Auffassung vorherrsche, es müßten erst alle inneren politischen und wirtschaftlichen Fragen ins Gleichgewicht gelangt sein, ehe normale internationale Finanz- und Handelsbeziehungen wieder geschaffen werden könnten. Indessen

müsse die Welt in vollem Umfange begreifen, daß nur eine planmäßige Weltwirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit uns von der rückläufigen Bewegung befreien könne, die dahin gehe, daß immer kleinere und kleinere Wirtschaftseinheiten auf der Basis der Antarktis zu leben versuchen.

Die Besprechungen, die er bis jetzt gehabt habe, hätten nur dazu beigetragen, diese Auffassung zu bekräftigen.

Nach seiner persönlichen Meinung, der ich schon seit vielen Jahren anhängen, so erklärte Herr Child,

würde die Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Friedens wahrscheinlich tausendmal mehr dazu beitragen, Kriege zu verhüten, als die Abschließung und der Abschluß von Verträgen.

In der Zukunft wird deshalb die wichtigste Aufgabe der Diplomatie gerade darin zu suchen sein, daß dem Gewebe der Weltwirtschaft neue Fäden hinzugefügt werden.

Herr Child lehnte es ab, sich über die Lage in Deutschland irgendwie zu äußern, solange er sie noch nicht aus eigener Anschauung habe beobachten können. Wie schließlich bekanntgegeben wurde, beabsichtigt er, am 1. Mai den Staatsstift auf dem Tempelhofer Feld beizuwohnen.

Um den Verkauf der chinesischen Ostbahn

Tokio, 28. April. Die Verhandlungen wegen des Verkaufs der chinesischen Ostbahn sind am Donnerstagnachmittag nach längerer Pause wieder aufgenommen worden. In japanischen Kreisen hofft man auf eine baldige Einigung. Der mandchurische stellvertretende Außenminister Dhaschi machte dem Sowjetvertreter einen Gegenvorschlag auf das von der Sowjetunion kürzlich gemachte Angebot und beantwortete einige Fragen, die der Sowjetvertreter an ihn stellte.

Die H.S. steht über den Konfessionen.

Berlin, 26. April. Der Reichsjugendführer Baldur von Schirach hat sich in einer Unterredung mit dem Schriftleiter des „Völk. Beobachters“, Gunter d'Alquen, sehr ausführlich über Aufbau, Ziel, Arbeitsweise und ideale Grundlagen der H.S. geäußert. In diesem Zusammenhang hat sich der Reichsjugendführer auch zu der in letzter Zeit wiederholt erörterten Frage des Verhältnisses zwischen der H.S. und den christlichen Konfessionen geäußert. Auf die Frage Gunter d'Alquens: „Wie gestaltet sich und wie wird sich in Zukunft das Verhältnis der H.S. zu den katholischen Jugendverbänden gestalten?“ antwortete Baldur von Schirach:

„Das Problem ist folgendes: Wir haben vom Führer den Auftrag erhalten, die ganze deutsche Jugend in der H.S. zu einigen. Wir haben aber in Deutschland zwei Konfessionen. Wir hätten folgende Wege beschreiten können, einerseits hätten wir für den evangelischen Teil der H.S. evangelische Pfarrer einsetzen können und für den katholischen Teil katholische und wären damit zu einem System von Feldpfarrern gekommen. Da-

mit hätten wir meines Erachtens zerstört, was das Wesentliche bei uns ist, nämlich daß es in unseren Reihen nichts Trennendes gibt. In dem Augenblick, wo ich in einer Morgenfeier a) den protestantischen Pfarrer, und b) den katholischen aufzutreten lasse, in dem Falle bringe ich jedem einzelnen Jungen zum Bewußtsein, daß es in unserer Gemeinschaft doch auch etwas Trennendes gibt. Ich möchte aber, daß es die Organisation in Deutschland ist, in der es nichts gibt, was den einen vom anderen gefühlsmäßig absondern könnte. Daher habe ich mich naturgemäß auf einen überkonfessionellen Standpunkt stellen müssen.

Wie unser Führer und die Partei, so erklären auch wir, wir treten nicht ein für die Sonderinteressen einer Kirche, sondern wir stehen auf dem Boden des positiven Christentums.

Mit dieser Formel müssen wir uns auch hier abfinden. Sie haben übrigens vorhin schon gesagt, daß ein Teil der katholischen Jugendführer zu uns übergetreten wäre. Von

der einst so stolzen katholischen Jugend, die über zwei Millionen Mitglieder zählte, sind heute noch 400 000 übrig!

Sie können diese Zahl erstmalig gebrauchen. Es ist eine Zahl, die stimmt und die beweist, daß das Problem der Eingliederung der katholischen Jugend nicht so entscheidend ist, wie es hingestellt wird.

Fragen Sie doch diese evangelischen Jungen, diese rund eine Million evangelische Jugend, die zu uns gekommen ist, ob sie das Empfinden hat, daß sie gegen die Kirche erzogen werden, und fragen Sie dann auch die katholischen Jungen, die wir bekommen haben, ob wir tatsächlich so sind, wie man uns gemalt hat. Man behauptet ja auch immer von mir, ich sei Heide und sei aus der Kirche ausgetreten. Gewiß, ich habe eine Reihe von Geistlichen bestrafen lassen müssen, weil sie nicht ablassen wollten, alle möglichen Lügen über mich zu verbreiten. Tatsächlich ist es so: Ich selbst gehöre der protestantischen Kirche an, bin nie ausgetreten und habe auch nach wie vor nicht die Absicht, auszutreten. Ich lehne es aber kategorisch ab, mich in besonderer Weise für die evangelische Kirche oder überhaupt eine Kirche einzusetzen.

Ich möchte aber da noch sagen, daß derjenige, der überhaupt an die Möglichkeit glaubt, in Deutschland außerhalb der H.S. auch nur einen einzigen Jugendbund bestehen lassen zu können, die Situation und die Dynamik innerhalb der H.S. nicht versteht.“

Der Führer des Reichverbandes Deutscher Offiziere beim Kanzler

Berlin, 28. April. Der Reichskanzler empfing am 26. April im Beisein des Staatssekretärs Dr. Lammer den Führer des Reichverbandes deutscher Offiziere, Generalmajor a. D. Graf von der Goltz, mit den Herren seines Stabes: Genera der Infanterie a. D. von Tschirwitz (erster Stellvertreter), Oberst a. D. Reinhard (zweiter Stellvertreter), Major a. D. von Wiese und Kaiserzwalbau (Chef des Führerstabes) und Major a. D. Schliensmann (Adjutant).

Generalmajor a. D. Graf von der Goltz meldete den Führer, daß der Reichverband deutscher Offiziere hinter ihm stehe, und trug den Zweck und die Ziele des RDO vor

Reichsberufswettkampf: Eröffnung des Endkampfes durch den Reichsjugendführer Baldur von Schirach

Berlin 28. April. Reichsjugendführer Baldur von Schirach eröffnete am Freitag im festlich geschmückten Preußenhaus den Auscheidungskampf der Bezirksieger im Reichsberufswettkampf. 500 Jungarbeiter, kaufmännische Lehrlinge, Handwerkslehrlinge und Jungbauern waren aus allen Teilen des Reiches zusammengekommen, um im friedlichen Berufsstreit ihre Kräfte zu messen. Der Reichsjugendführer begrüßte die jugendlichen Sieger als die Berufselite der deutschen Jugend. Er erinnerte daran, daß in den Räumen des Preußenhauses früher angebliche „Volkvertretungen“ Schwaborgien gefeiert hätten. Die kämpferische Auslese der deutschen Jugend, die sich heute in diesen Räumen versammelt habe, stelle die wahre Volkvertretung dar.

Diese Stunde sei ein neuer Beweis, daß ganz Deutschland eine Arbeiterbewegung geworden sei, daß ganz Deutschland im Banne des deutschen Arbeiters und seiner freien Fahne stehe.

Dann wurden die Aufgaben für die theoretische und weltanschauliche Prüfung erteilt. Am Samstag folgen die praktischen Prüfungen, die in einer Reihe von großen Berliner Betrieben durchgeführt werden. Die Sieger aus diesen Auscheidungskämpfen werden am 30. April in einer Festveranstaltung der Reichsjugendführung geehrt, während die 15 Reichsieger am 1. Mai vom Führer empfangen werden und die Ehrenpreise erhalten.

Vereinigung der deutschen Hausfrauenverbände

Erfurt, 28. April. Die seit dem Kriege in Deutschland bestehenden Hausfrauenverbände hielten in Erfurt eine gemeinsame Tagung ab, in der dem Geiste nationalsozialistischer Volksgemeinschaft folgend, die bisherigen Bünde zur reichsgemeinschaft deutscher Hausfrauen vereinigt wurden. Zur Führerin wurde Parteigenossin Maria Jucker aus Lachsen und zur Stellvertreterin Maria Wolf aus Bielefeld (Schwartau) berufen.

Eine Kiefernorte

im Kindergarten der Ausstellung

„Deutsches Volk — deutsche Arbeit“ Berlin, 28. April. Im Freigelände der Ausstellung „Deutsches Volk — deutsche Arbeit“ hat der Gau Berlin der NS-Volkswohlfahrt einen Kindergarten eingerichtet, in dem Ausstellungsbesucher ihre Kinder unter Aufsicht von geschulten Kindergärtnerinnen in Verwahrung geben können. Den



Unter den vielen Angeboten, die Frau Elisabeth von Better, die Bestzerin des Pensionats „Elisabethshöhe“, mit dem eine Erziehungsanstalt für junge Mädchen verbunden war, auf die ausgeschriebene Lehrertelle erhalten hatte, wählte sie das eines Herrn Harry Scholz aus.

Nach seinen Zeugnissen zu schließen, schien dieser Mann alle Bedingungen zu erfüllen, die für diese Stelle Voraussetzungen waren.

Sie hatte ihn schriftlich gebeten, sich vorstellen zu kommen.

Und nun steht der Bewerber Harry Scholz vor ihr. Die vornehme Frau in den Bierzigern bittet ihn Platz zu nehmen und mustert ihn dann in ihrer feinen, geraden Art.

Der Mann gefällt ihr, er ist etwa dreißig Jahre alt, frisch und kraftvoll in seinem Wesen, mit kühlgeschneitten Zügen und energievollen Augen.

Zu hübsch ist er ihr!

Ihre Zöglinge freilich, denen könnte er nicht hübsch genug sein, die würden Harry Scholz mit offenen Armen empfangen und dann versuchen, aus dem Lehrer einen bewundernden Ritter zu machen.

Sie hat da schon allerhand Erfahrungen gesammelt. „Herr Scholz“, beginnt sie freundlich, „Schade... schade! Ihr Bewerbungsschreiben hat mir sehr zugesagt! Sie scheinen in allem zu entsprechen, aber...“

„Aber, gnädige Frau? ... Welches Hindernis stellt sich doch noch in den Weg?“

Er hat eine prächtige Stimme, so jung und doch so männlich; verhaltene Kraft und Lachen liegen im Ton. Der Lehrer gefällt ihr immer besser. Aber... es geht nicht.

„Sie sind mir zu hübsch, Herr Scholz!“ bekennt Frau

von Better offen. „Sie sind ja noch viel hübscher, als es Ihr Bild ahnen ließ!“

Harry Scholz lacht belustigt auf. Seine Braunaugen blitzen dabei hell.

„Aber, gnädige Frau... das ist doch weder Gefahr noch Hindernis.“

„Das meinen Sie, Herr Scholz, aber wenn man fünfzehn Jahre eine Schule leitet, hat man seine Erfahrungen. In dieser Zeit habe ich durch manden Lehrer viel Ärger gehabt, der... nun, der eben den Mädels zu gut gefiel.“

„Gnädige Frau, ich werde dafür sorgen, daß mich Ihre Mädels einfach fürchterlich finden! Jawohl, das mache ich! Ich lasse mir einen Vorkurs wachen und sehe eine unheimliche Hornbrille auf.“

Frau von Better muß über seine drollige Art lachen. „Das stellen Sie sich so einfach vor!“

„Gnädige Frau“, nimmt Harry Scholz wieder das Wort, „ob ich Ihrer Anstalt ein nützlicher Lehrer sein kann, ob für einen Mann Ihre sehr reizenden Mädels eine Gefahr bedeuten oder umgekehrt, das ist doch nur Sache der Persönlichkeit des Betreffenden selber. Ich bin jedenfalls über Jugendhindernisse hinweg und weiß mich als Lehrer durchzusetzen. Ob mich Ihr Mädels fürchterlich oder reizend finden, das ist in Grunde genommen für mich belanglos. Ich habe es als Lehrer immer so gehandhabt, daß ich mit meinen Schülern oder Schülerinnen ein offenes, kameradschaftliches Verhältnis gepflegt habe, das allen gerecht wurde. Das hat mir den Unterricht stets erleichtert, ihn mir selber dankbar und wertvoll gestaltet. Meine Grenz habe ich immer gekannt und sie respektiert. Und da wird auch bei Ihnen der Fall sein, gnädige Frau. Sie müssen es schon einmal mit mir probieren!“

Die Pensionatsinhaberin lächelt. „Ich muß... nun meinetwegen... ich will es versuchen!“

„Bitte, bestimmen Sie eine Probezeit, gnädige Frau. Ich bin mit allem einverstanden.“

„Gut! Also, Sie haben das Gymnasium besucht?“

„Ja, gnädige Frau! Dann habe ich studiert und widmete mich dem Schulfach. Ich war — aus meinem Bewerbungsschreiben haben Sie ja alles ersehen — erst

an staatlichen Lehranstalten tätig, dann in privaten Schulen, schließlich als Hauslehrer des Prinzen Albert von Rotenstein.“

„Diese Stelle hatten Sie nur ein halbes Jahr inne?“

„Ja, gnädige Frau! Ich habe den Posten bald verlassen, weil er mir nicht zusagte. Ich bin ein lebendiger Mensch, liebe Offenheit und will mit meinen Schülern in Kontakt kommen, und das war mir auf Rotenstein nicht möglich. Der Prinz war — ich rede offen — ein Flegel, er hatte noch keinen richtigen Erzieher gehabt, der es mit seiner Pflicht ernst meinte. Ich versuchte, ihn nicht nur zu unterrichten, sondern auch einen vernünftigen Menschen aus ihm zu machen. Aber ich konnte die verschiedensten Widerstände doch nicht besiegen.“

Frau von Better nickte fin und zu seinen Worten. „Wenn man Sie anschaut, Herr Scholz... für einen Lehrer hält man Sie nicht.“

„Sondern...?“

„Sie wirken wie ein Künstler!“

Harry Scholz seufzt.

„Künstler, gnädige Frau! Was ich immer sein wollte... vielleicht bin ich auch mehr Künstler, als Lehrer.“

„Könnten Sie meinen Schülerinnen auch Musikunterricht geben?“

„Jawohl, gnädige Frau! Ich spiele vier Instrumente und bin auch im Theoretischen ausgebildet!“

„Wie steht es mit dem Malunterricht?“

„Auch den kann ich erteilen, gnädige Frau, ebenso Gesangsunterricht. Ferner bin ich sportlich genügend geschult, um zur körperlichen Erfrischung der jungen Damen beizutragen.“

„Und die anderen Fächer, Geschichte, Geographie, Sprachen? Sprachen kommen ja für Sie eigentlich hier nicht in Frage. Das ist mein Gebiet.“

„Ich habe in allen diesen Fächern bereits längere Zeit unterrichtet.“

„Nun gut, ich würde Sie also bitten, morgen früh um sieben Uhr Ihren Dienst anzutreten. Hier der Lehrplan. Sie können aus ihm ersehen, wieviele Stunden ich von jedem Fach für meine Zöglinge wünsche. Hier finden Sie auch die Freizeiteintragungen. Teilen Sie Ihre Stunden ein, so auf Sie es vermögen.“

kleinen Besuchern wird am Samstagnachmittag eine besondere Freude bereitet werden. Sie werden sich an einer Riesentorte von über einem halben Zentner Gewicht und fast einem Meter Durchmesser, die der Führer von seinem Geburtstagsgästlichen der NS-Volkswohlfahrt zur Verfügung gestellt hat, gütlich tun können.

Neue Verleumdungen über das außenpolitische Amt der NSDAP

Berlin, 28. April. Der Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberger, veröffentlicht folgende Erklärung:

Im Zuge eines konzentrischen internationalen Verleumdungsfeldzuges gegen das außenpolitische Amt der NSDAP und gegen meine Person ist eine neue Lüge in die Welt gesetzt worden. Die litauische Zeitung „Lietuvos Zinias“ veröffentlicht fügen. Enthüllungen über einen angeblichen Gewaltstreik zur Annexion des Memelgebietes durch Deutschland. Dieser Gewaltstreik soll ein von mir ausgearbeitetes Projekt darstellen. Ich stelle hierzu fest, daß diese Meldung frei erfunden ist. Das außenpolitische Amt beschäftigt sich überhaupt nicht mit Gewaltmaßnahmen und Aufmarschplänen, und ich habe niemals irgendeinen Gewaltstreik gegen das Memelland besprochen und vorbereitet. Die Behauptung des litauischen Blattes hat offenbar nur den Zweck, durch Verleumdungen deutscher Stellen von den Unterdrückungsmaßnahmen im Memelland seitens litauischer Kreise abzulenken. aca. Alfred Rosenberger.

Das Tempelhofer Feld gerüstet.

Befichtigung durch Reichsminister Dr. Goebbels.

Berlin, 28. April. Auf dem Tempelhofer Feld, dem Schauplatz des Staatsaktes vom 1. Mai, fand am Freitag durch Reichsminister Dr. Goebbels eine Befichtigung statt, zu der die Vertreter sämtlicher für die Organisation des Aufmarsches in Betracht kommenden Behörden und Organisationen erschienen waren.

Ministerialrat Gutterer erstattete dem Minister eingehend Bericht über die Vorbereitungen und die Abwicklung der Veranstaltung.

Etwa 8000 Sanitätser werden Hilfsleistungen den ersten Beistand leisten können, und mehr als 400 Ärzte stehen einsehbar zur Verfügung.

16 große Rettungswagen nehmen ernstlich Erkrankte solange auf, bis sie von einem der 30 zur Verfügung stehenden Rettungswagen ins Krankenhaus geschafft werden können. Da der größte Teil der Kundgebungsteilnehmer ungefähr 10 bis 12 Stunden auf den Weimen sein wird — den Aufmarsch mitgerechnet —, stehen ihnen in annähernd 100 Verkaufsständen Limonade, Kaffee und andere Getränke zur Verfügung; auch 50.000 Liter Trinkt Wasser stehen bereit. Die Aufmarschleitung hat ein Kleinkunststück gechartert, von dem aus etwaige Verstärkungen der Züge der Aufmarschleitung funktentelegrafisch gemeldet werden.

Vor allem soll die Beobachtung aus der Luft der Aufmarschleitung Kenntnis geben, wenn das Feld besetzt ist, so daß die noch anflutenden Massen rechtzeitig nach dem nahe am Feld gelegenen Neuföhner Volkspark geleitet werden können, wo ebenfalls große Lautsprecher aufgestellt sind.

Der Schwarzwald-Maibaum in Berlin

Uebergabe durch den badischen Ministerpräsidenten.

Die 43 Meter lange Riesentanne hat den mit vielen technischen Schwierigkeiten verbundenen Weg aus den Hundsbachal bei Forbach bis in die Reichshauptstadt hinter sich. Das feierliche Einholen und die Uebernahme des Maibaumes findet nun am Samstag statt. Mittels eines Großwagens der Reichsbahn wird der Transport zum Lustgarten nachmittags 15.30 Uhr vom Anhalter Güterbahnhof aus erfolgen. Seinen Weg nimmt der erste Maibaum, den Berlin sieht, über die Hermann-Göring-Straße durch das Brandenburger Tor, unter den Linden zum Lustgarten. Er wird begleitet von Musikkapellen, Abordnungen der Landmannschaft der Badener in Berlin und Jungarbeitern des Reichsbundes „Volkstum und Heimat“.

Um 17.30 Uhr findet die feierliche Uebergabe des Maibaumes an Reichsminister Dr. Goebbels und den Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, unter Anwesenheit der Berliner Oberbürgermeisters Dr. Sahn statt. Der badische Ministerpräsident Walter Köhler hat sich zu diesem Zweck nach Berlin begeben. In seiner Begleitung befinden sich der badische Landesforstmeister Hug und der Leiter der Landbestelle Baden-Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Franz Moraller, die mit der Auswahl und Lieferung des Berliner Maibaumes beauftragt waren.

Am Montagabend zwischen 23 und 24 Uhr wird der Maibaum im Lustgarten aufgerichtet, unter den Klängen der Kapelle der Leibgardie Adolf Hitlers, die einen Zapfen freisch am Lustgarten veranstalten wird.

Die Ablegung des Gelöbnisses der Vertrauensmänner

Berlin, 28. April. Gegenüber Unklarheiten, die über die Ablegung des Gelöbnisses der Vertrauensmänner in der Öffentlichkeit noch zu bestehen scheinen, weist das Reichsarbeitsministerium nochmals auf die in der Durchführungsverordnung vom 13. April getroffenen Regelungen hin.

Das Gelöbniß der Mitglieder des Vertrauensrates ist danach im Betriebe vor der Gefolgschaft abzulegen, und zwar grundsätzlich am 1. Mai.

Eine Verlegung der Feier auf den 2. Mai ist mit Zustimmung des Treuhänders der Arbeit nur für die Fälle vorgesehen, in denen infolge der räumlichen Entfernung des Betriebes von dem Orte der allgemeinen Feier des 1. Mai durch eine vorübergehende Betriebsverlagerung die Teilnahme der Betriebsangehörigen an der gemeinsamen Feier der Bevölkerung wesentlich erschwert werden würde.

Das Gelöbniß im Betriebe ist sowohl von dem Führer des Betriebes wie von den Vertrauensmännern abzugeben. Dem Führer des Betriebes liegt dabei die Verpflichtung der Vertrauensmänner und die würdige Ausgestaltung der feierlichen Handlung ob.

Volle Zahlung des Urlaubs im Ruhrbergbau

Deutsche Arbeitsfront zahlt die Differenz an ihre Mitglieder. Münster, 28. April. Der Bezirksleiter der DAF Westfalen teilt in einer Bekanntmachung mit, daß entsprechend der Erklärung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, die DAF die restlichen 30 Prozent des Urlaubslohnes für die Ruhrbergarbeiter zahlen wird. Dr. Ley hat befohlen, daß alle Vorkerkungen getroffen werden, um bereits am 30. April mit der Auszahlung der entsprechenden Urlaubsgelder beginnen zu können. Berücksichtigt werden alle Mitglieder der DAF.

Die Saarregierung verbietet Schulfeiern am 1. Mai

Saarbrücken, 28. April. Wie uns mitgeteilt wird, hat dieser Tage die Schulabteilung der Regierungskommission eine Verfügung an die Direktoren der höheren Schulen des

Eine Auslassung der vatikanischen „Corrispondenza.“

Berlin, 28. April. Die vatikanische „Corrispondenza“ verspricht, wie sich der „Völkische Beobachter“ aus Rom berichten läßt, die Kampagne, die gegenwärtig von deutschlandfeindlichen Elementen im Saargebiet mit dem Ziel geführt werde, der Saarbevölkerung glaubhaft zu machen, daß sie religiösen Verfolgungen ausgesetzt sein werde, wenn sie sich für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich entscheide. Das versteckte Ziel dieser Kampagne sei angewiesenlich, so schreibt die „Corrispondenza“, der Bevölkerung des Saargebietes den Gedanken nahezubringen, vorteilhafter für Frankreich oder doch wenigstens für die Fortdauer des augenblicklichen Regierungszustandes zu stimmen.

Nach unieren Feststellungen, so fährt die „Corrispondenza“ fort, scheint die Propaganda darauf hinauszulaufen, daß die kirchlichen Autoritäten unter dem Vorwand der äußersten Verteidigung der Rechte des Gewissens eine Haltung einnehmen sollen, die weder dem religiösen Charakter und der geistigen Mission des Klerus, noch den allgemeinen Regeln entspricht, die von der höchsten kirchlichen Autorität erlassen worden sind. Kein Vertreter der kirchlichen Behörden wird sich zu einem solchen Mandat ergeben. Die Bewohner der Saar haben vollkommen e r r e i b e i t, ihre Entscheidung so zu treffen, wie sie es für am zweckmäßigsten halten und wie es ihren Wünschen und ihrem patriotischen und nationalen Geist entspricht.

Saargebietes, der gewerblichen Berufsschulen und an die Kreisführer gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß der 1. Mai im Saargebiet weder gesetzlicher noch kirchlicher Feiertag sei und daß deshalb an diesem Tage in allen Schulen ordnungsmäßiger Unterricht stattfinden müsse. Die Regierungskommission verbietet weiterhin alle über das normale Maß hinausgehende Beurlaubungen von Lehrern und Schülern.

Wichtiger Termin für Entschuldungsverfahren

Im Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse ist der 30. Juni 1934 als Endtermin festgesetzt für Einreichung der Anträge auf Eröffnung des Entschuldungsverfahrens. Da die Inanspruchnahme dieses Verfahrens für Schuldner und Gläubiger gleich wichtig ist, veröffentlicht wir (mit Genehmigung des Verlags für Dr. Storms Schriften-Ansbach) einige wesentliche Fragen aus der in diesem Verlage erschienenen Sonderchrift „Die landwirtschaftliche Entschuldung 165 Fragen und Antworten zum praktischen Gebrauch des Schuldverordnungsbestimmungen“ 2. Auflage, Preis 1,20 RM.

Wer kann das Entschuldungsverfahren beantragen?

Die Eröffnung des Entschuldungsverfahrens kann derjenige Inhaber eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebes beantragen, welcher nicht imstande ist, sich aus eigenen Mitteln zu entschulden.

Wo ist der Entschuldungsantrag zu stellen?

Der Antrag ist bei dem Amtsgericht einzureichen, in dessen Bezirk der Entschuldungsbetrieb liegt. Wenn aber der Betrieb in mehreren Gerichtsbezirken liegt, so ist dasjenige Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk sich die Betriebsleitung befindet.

Was ist der Zweck des Entschuldungsgesetzes?

Das Gesetz bezweckt die allmähliche Zurückführung der Verschuldung bis auf die Grenze der Mündelbarkeit. Der Mündelbarkeitsgrenze kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Wie hoch ist die Mündelbarkeitsgrenze?

Sie beträgt Zweidrittel des Betriebeswertes. Der Betriebeswert beträgt bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zwischen 90 und 135 Prozent ihres für den 1. Januar festgestellten steuerlichen Einheitswertes, und zwar je nach Höhe dieses Steuerwertes. Je größer der Einheitswert, um so kleiner der Hundertsatz; z. B. beträgt der Betriebeswert bei 10.000 M. Einheitswert 135 Prozent, bei 40.000 M. Einheitswert sind mehr 90 Prozent des Einheitswertes. Geordnete Festsetzung des Betriebeswertes geschieht für gärtnerische Betriebe, für die ein Einheitswert für den 1. Januar 1931 nicht festgelegt war.

Ablehnung des Entschuldungsantrages?

Der Antrag auf Eröffnung des Entschuldungsverfahrens wird abgelehnt bei einem bereits über das Vermögen des Betriebesinhabers eröffneten Konkursverfahren; bei der Fähigkeit des Betriebesinhabers, sich aus eigenen Mitteln zu entschulden; nach vorausgegangener Verzichtserklärung des Betriebesinhabers auf Entschuldung; bei mangelnder Gewähr der Persönlichkeit und Wirtschaftsweise des Betriebesinhabers für erfolgreiche Durchführung des Verfahrens; nach vorheriger Schuldenerklärung im Hinblick auf eine beabsichtigte Inanspruchnahme des Entschuldungsverfahrens. Ueberprüfung ist noch kein Grund für die Ablehnung des Antrages.

Und die Wirkung der Eröffnung des Verfahrens?

Mit dem im Eröffnungsbeschlusse angegebenen Zeitpunkt findet das Schuldverordnungsverfahren auf den Entschuldungsbetrieb in allen seinen Einzelheiten, die zur Vermeidung von Unbilligkeiten sehr umfang- und zahlreich sind, keine Anwendung. So u. a. bezüglich Inhaberabsetzung, Anfechtbarkeit, Tilgung, Ablösung von Forderungen, ferner bezüglich Vollstreckungsschutz nach den Sonderbestimmungen für Entschuldungsbetriebe und Unbelastbarkeit während der Dauer des Entschuldungsverfahrens sowie hinsichtlich der Zwangsvergleichs, sofern diese Maßnahmen nicht zu den notwendigen Entlastungen führen und die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Sparjamkeit bei Dienstreisen

Nach den neuen Reisekostenvorschriften für die badischen Landesbeamten haben der Beamte und die Behörde, die den Reiseplan genehmigt, darauf zu achten, daß Dienstreisen die zur Ausführung des Dienstgeschäfts unbedingt notwendige Zeit beschränkt und mit dem niedrigsten Kostenaufwand durchgeführt werden. Nur in diesem Umfange hat der Beamte Anspruch auf Reisekostenerstattung. Mehrere zeitlich zusammenfallende Dienstreisen in dieselbe Gegend sind tunlichst miteinander zu verbinden. Die Zahl der an einer Dienstreife teilnehmenden Beamten ist auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken. Beamte, die nur mittelbar an der Erledigung des Dienstgeschäfts beteiligt sind, dürfen zu Dienstreisen nicht zugezogen werden. Dienstreisen zur Teilnahme an Einweihungen, Dienstbilanzen, Vereinfestungen, Kongresse, Anstellungen und dergl. sind nur zulässig, wenn die dienstlichen Belange amtliche Vertretung unbedingt erfordern. Sie bedürfen der Genehmigung des Fachministers. Reisen zu Vorträgen bei Behörden gelten nicht als Dienstreisen. Bei Anordnung und Ausführung von Dienstreisen sind die zweckmäßigsten Beförderungsleistungen zu berücksichtigen. Sonn- und Feiertage sind als Vortage zu vermeiden. Wird der Beamte durch besondere Umstände genötigt, eine Dienstreife zu unterbrechen, so hat er es der vorgesehene Dienstbehörde sofort anzuzeigen. Eine Dienstreife darf mit einer Urlaubstreife nur ausnahmsweise und nur mit besonderer

Genehmigung der vorgesehene Dienstbehörde verbunden werden. Bei Dienstreisen ist der für die Staatskasse billigste Weg zu wählen. Die Beförderungskosten für Gepäck in der Eisenbahn, in der Kraftpost, im Flugzeug oder auf dem Schiff werden nur bei längeren Dienstreisen oder bei besonderen Anlässen für unbedingt notwendige Gegenstände erstattet.

Sagung des Frauenwerkes der Evangelischen Landeskirche in Baden

Die Eogl. Frauenverbände Badens sind jetzt in dem „Frauenwerk der Evangelischen Landeskirche in Baden“ mit dem Sitz in Karlsruhe zusammengeschlossen worden. Mitglied können alle evangelischen Frauenverbände Badens werden, die ihre Arbeit im Dienste der Kirche treiben und satzungsgemäß und in ihrer Arbeit auf dem Befehl der Kirche stehen. Die Aufnahme erfolgt durch den Landesführerrat auf schriftliche Anmeldung. Die Frauenwerk angegliederten Verbände gliedern sich in fünf Gruppen: 1. für gemeindliche Frauenarbeit; 2. für caritativ-soziale Arbeit; 3. für Erziehungs- und Bildungsarbeit; 4. für Mütterdienst und 5. für berufliche Diakonie.

Die Landesführerin wird durch die Reichsführerin in Benehmen mit den Gruppenführerinnen und im Einvernehmen mit dem Landesbischof berufen. Sie beruft ihre Vertreterin. Die Gruppenführerinnen bilden mit der Landesführerin und ihrer Stellvertreterin, mit dem Schatzmeister und einem Bevollmächtigten der Landeskirche den Führerrat. Dieser bestimmt die Richtlinien der Arbeit des Frauenwerkes. Der Landesfrauenrat setzt sich zusammen aus der Landesführerin, ihrer Vertreterin und je einer Vertreterin der in dem Frauenwerk zusammengeschlossenen Verbände. Er berät darüber, wie die von dem Landesführerrat aufgestellten Richtlinien in der Arbeit der angeschlossenen Verbände verwirklicht werden. Die Führerinnen der fünf Arbeitsgruppen werden auf die Dauer von vier Jahren ernannt. Die dem Frauenwerk angeschlossenen Verbände sind zur Leistung von Beiträgen verpflichtet.

Aus Nah und Fern.

Sinsheim, den 28. April.

Der 1. Mai im Kreis Sinsheim.

Nach einem uns vorliegenden Programm der Kreispropagandaabteilung wird der 1. Mai im Kreis Sinsheim in würdiger Weise begangen werden. Es wird hierzu bestimmt: Der Feiertag der nationalen Arbeit ist in jeder Hinsicht nach berufständischen Gesichtspunkten aufzubauen. Drei Symbole bestimmen den Charakter des 1. Mai: der Maibaum, die Maikönigin und das Maifeld. Der Maibaum wird von Waldbauern gefällt, am frühen Nachmittag des 30. April von HJ. und BDM feierlich am Stadt- oder Dorfplatz eingeholt. Die Aufstellung des Maibaumes übernimmt die Zimmermannschaft. Die Schule fällt an diesem Nachmittag zu diesem Zweck aus. Um 12 Uhr nachts Uebertragung der großen Kundgebung auf dem Brocken mit der Rede des Reichsjugendführers Baldur von Schirach. Am 1. Mai vormittags 9 Uhr, marschieren sämtliche Schulklassen unter Führung der Lehrer auf dem Festplatz auf und hören die Uebertragung der großen Kundgebung der Berliner Schuljugend im Lustgarten. Beim Festzug soll die Maikönigin, das Symbol des Frühlings, im Mittelpunkt stehen. Das Maifeld stellt alle Schaffenden des deutschen Volkes dar, nicht nach politischen Organisationen, sondern nach Berufsständen, Innungen und Betrieben gegliedert. Es tritt also nicht die NSDAP, NS-Jugend, NS-BA, SA usw. auf, sondern alles gliedert sich nach den Arbeitsplätzen. Um 16 Uhr beginnt der Staatsakt, der vom Tempelhofer Felde aus übertragen wird. Der Führer spricht. Dauer des Staatsaktes 1 1/2 Stunden. Am Abend soll allorts Maifanz stattfinden. Der Rundfunk gibt ab 20 Uhr eine Ringbindung aus den Kameradschaftsabenden großer Werke mit Beltruf. Die Ehrung der Arbeitsveteranen muß in würdiger Form geschehen; diejenigen Arbeitsveteranen, die den Marsch nicht mitmachen können, müssen auf dem Festplatz einen Ehrenplatz erhalten.

Reihenfolge des Festzuges in den einzelnen Orten: 1. SA, SS, HJ., PD., Polizei, Reichswehr usw. mit Fahnen an der Spitze. 2. Gruppen der Berufsstände und Innungen (je 4-8 Mann in Berufskleidung). 3. Pflug und Sämann. 4. Wagen und Gruppen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. 5. Die Maikönigin mit Gefolge (Blumenwagen). 6. Wagen der Frühlings- und Maibräuche. 7. Wagen mit den Siegern der Reichsberufswettkämpfe. 8. Wagen der Berufsstände und Innungen. 9. Das Maifeld.

* Festplakette zum 1. Mai. Der Führer hat zum Tag der Deutschen Arbeit 30 Millionen Festplaketten durch die Metallindustrie herstellen lassen und damit vielen Volksgenossen Arbeit und Brot gegeben. Der hiesigen Gemeinde wurde eine größere Anzahl zugewiesen, die hier abgeholt werden müssen. Das Stück kostet 20 Pfg. Am 1. Mai darf kein Volksgenosse, keine Volksgenossin ohne Festplakette sein! Der besterhaltene Volksgenosse ermöglicht dem ärmeren Volksgenossen den Kauf der Plakette.

× Gebührenfreiheit für Maifeiertlichkeiten. Der Herr Minister des Innern hat die Bezirksämter und Polizeiverwaltungen angewiesen, für die am Feiertag der nationalen Arbeit stattfindenden gebührenpflichtigen Veranstaltungen (Maifanz, Polizeistundenverlängerungen usw.) außer der baren Auslagen keine sonstigen Kosten zu erheben. Soweit ein Bedürfnis besteht, können die Bezirksämter die Polizeistunde auch über 3 Uhr hinaus verlängern.

× Schulfrei zur Einholung des Maibaumes. Am Montag, den 30. April nachmittags wird an allen Orten der Maibaum durch die Hitlerjugend und den Bund deutscher Mädchen feierlich eingeholt. Der Herr Minister des Kultus des Unterrichts und der Justiz hat deshalb angeordnet, daß an diesem Nachmittag schulfrei gegeben wird. An der Schulfreigabe am Morgen des 1. Mai werden sämtliche Schüler und Schülerinnen der höheren Schulen, Fachschulen, Volks- und Fortbildungsschulen teilnehmen, soweit sie 11 Jahre alt sind. Vor der Uebertragung der Kundgebung aus dem Berliner Lustgarten wird der Schulleiter eine kurze Ansprache halten.

× Abstimmung über die Vertrauensmänner beim Badenwerk Sinsheim. Die beim Badenwerk, Betriebsbüro Sinsheim am 27. April vorgenommene Abstimmung über die Vertrauensmänner und deren Stellvertreter hatte folgendes Ergebnis: Als Vertrauensmänner kommen Karl Emmert-Sinsheim (27 Stimmen) und Karl Kramer-Sinsheim (28 Stimmen) und als deren Stellvertreter Hermann Probst-Sinsheim (33 Stimmen) und August Sauer-Sinsheim (31 Stimmen) in Betracht. Abstimmungsrechtigt waren 38 Personen. Abgegeben wurden 37 Stimmen. Davon 33 gültige und 4 ungültige. Die Abstimmung wurde von dem Führer des Betriebes Karl Kern-Sinsheim und den beiden Dienstältesten, Fritz Wittner-Mosbach und Emil Münch-Obersefflenz, geleitet. Der Gefolgschaft des Badenwerks, Betriebsbüro Sinsheim, ist von Seiten ihrer Direktion für die am Feiertag der nationalen Arbeit am 1. Mai stattfindende Veranstaltung ein angemessener Betrag für Speise und Trank zur Verfügung gestellt worden.

„Tag der Saar“. Der deutsche Rundfunk hat den 6. Mai zu einem „Tag der Saar“ bestimmt. In diesem Tage, einem Sonntage, werden alle deutschen Sender in Reichs-, Ring- und Einzelsendungen ihre Haupt-Sendezeiten dem Land an der Saar, seinen politischen und kulturellen Belangen, seinen Sorgen und Nöten widmen. Der Titel gibt den Inhalt. Der deutsche Rundfunk will aller Welt die Verhältnisse an der Saar klar und eindeutig darlegen, er wird aufzeigen, wie das sogenannte „Saargebiet“ unter die Herrschaft des Völkerbundes kam. Er wird die große Lüge von den 150 000 Saarfranzosen darstellen, zeigen, welche ungeheuerliche Folgen diese Lüge hatte und wie sie aufgedeckt wurde. Der deutsche Rundfunk wird innerhalb dieser Sendungen beweisen, daß mit der noch bevorstehenden Lösung der „Saarfrage“ einer der verhängnisvollsten Irrtümer in der Geschichte der Völker werden muß. Dieser Tag soll die Welt wieder daran erinnern, daß es nur eine Lösung gibt: „Deutsch die Saar“. Für das Saarland wie für Deutschland gibt es keine Saarfrage, sondern nur das „Unrecht an der deutschen Saar“.

Keine Reichsmarknoten in Postsendungen nach dem Auslande. Zur Erhaltung der Devisenbestände der Reichsbank hat die Reichsregierung kürzlich ein allgemeines Ausfuhrverbot für Reichsmarknoten (Reichsbanknoten, Rentenbankcheine und Privatbanknoten) und inländische Goldmünzen erlassen. Darnach dürfen Reichsmarknoten und inländische Goldmünzen überhaupt nicht mehr ins Ausland, ins Saargebiet oder aus dem Inland in die badischen Zollauslaufgebiete versandt oder überbracht werden. Die bisher noch zugelassenen Postsendungen von Geldforten in Postsendungen beziehen sich nicht mehr auf Reichsmarknoten und inländische Goldmünzen. Postsendungen, die Reichsmarknoten und inländische Goldmünzen enthalten, werden künftig von der Annahme ausgeschlossen. Die Annahmehelfer der Postanstalten werden die Aufseherer von Wertbriefen, Wertkästchen und versiegelten Wertpaketen nach dem Ausland künftig bei der Befragung nach dem Inhalt der Sendung stets auch auf das Verbot hinweisen.

Steinsfurt, 27. April. (Goldene Hochzeit.) Am 24. April konnte das Ehepaar August Frank und Karoline geb. Trefz das Fest der goldenen Hochzeit begehen, gleichzeitig mit der Feier der silbernen Hochzeit der ältesten Tochter und mit der Trauung eines Enkelsohnes. Das Jubelpaar im goldenen Kranz ist das Oberhaupt der in ganz Baden und darüber hinaus wohlbekannten Künstlerfamilie Frank-Reimund. Es sieht sich im Alter umgeben von 6 Kindern, 21 Enkeln und 4 Urenkeln. Ein Sohn fiel 1915 im Kampf fürs Vaterland und die beiden Enkelkinder Ingeborg und Harst Frank sind, wie noch vielen in Erinnerung sein dürfte, im August 1932 beim Auftreten auf dem hohen Seil in Schweningen auf so tragische Weise ums Leben gekommen. Das Jubelpaar erfreut sich einer außerordentlichen körperlichen und geistigen Rüstigkeit. Obwohl Vater Frank in diesem Herbst sein 80. Lebensjahr vollendet, hat er noch im letzten Sommer die Truppe auf ihrer Gastspielreise begleitet und bei den Vorstellungen wacker die Trompete mitgeblasen. Der Ortsgeistliche Dekan Herbel vollzog in der Kirche die Einsegnung der 3 Paare, wobei er auch ein Glückwunschschreiben des Landesbischofs verlas. Auch vom Staatsminister war ein Glückwunschschreiben eingetroffen. Möge dem Jubelpaar nach des Lebens Arbeit und Mühe noch ein langer freundlicher Lebensabend beschieden sein!

Neckarbischofsheim, 27. April. (Verunglückt.) Bei Sprengbohrungen in einem Steinbruch der hiesigen Gemeinde drang dem verheirateten Notstandsarbeiter Karl Schneider ein abspaltertes Eisenstück in das linke Auge ein. Leider konnte der Splitter nicht mehr aus dem Auge entfernt werden. In der Klinik in Heidelberg mußte das verletzte Auge herausgenommen werden.

Helmstadt, 27. April. (Verchiedenes.) Am 27. Mai findet hier das Gaufröhren des R.S. Gau Wollenbach statt. Der Vereinsführer, Hauptlehrer Winnewisser, hat zu diesem Zweck in einer Versammlung der Mitglieder die Vorbereitungen besprochen und einen Festausschuß gebildet. — Bei herrlichem Wetter machten vor Wochenfrist die Schüler der oberen Klasse unter Führung ihrer Lehrer (Hauptlehrer Bechhold und Winnewisser) einen Ausflug nach Mosbach, wo sie die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt, unter anderem auch das Heimatmuseum besichtigten. Mit frohem Lied kehrten die Schüler mit ihren Lehrern am Abend wieder in ihren Heimatort zurück.

Schriesheim, 27. April. (Leiche gelandet.) Der 15-jährige Kurt Ehrke, der sich in Mannheim in der Bäckerei befand, wurde am Mittwoch als Leiche aus dem Neckar gelandet. Es konnte noch nicht festgestellt werden, ob der junge Mann einem Unglücksfall zum Opfer fiel oder freiwillig den Tod gesucht hat.

Mannheim, 27. April. (Vom Getreidegroßmarkt.) Der badische Finanz- und Wirtschaftsminister hat zum Vorsitzenden des Amtlichen Getreidegroßmarktes Mannheim Christian Schäfer,

Direktor der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in Ludwigshafen ernannt, mit der Maßgabe, seinen Stellvertreter sowie den Rechner von sich aus zu bestimmen. Demgemäß hat der Vorsitzende als Stellvertreter Friedrich Kolb in Firma Fr. Kolb u. Co., Mannheim und als Rechner Heinrich Kling, Malzfabrikant in Schriesheim, berufen.

Hüngeim, 27. April. (Scheune niedergebrannt.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch, gegen halb 1 Uhr, brach in der Scheune des Landwirts Kilian Metz Feuer aus, das sich sehr rasch ausbreitete, sodaß in kurzer Zeit die Scheune samt den Heu- und Strohvorräten und den aufbewahrten landw. Maschinen und Geräten vollständig niederbrannte. Der Schaden beläuft sich etwa auf 4500 Mark, der durch Versicherung gedeckt ist.

Heidelberg, 28. April. (Schwer verletzt.) Ein zwölfjähriger Schüler, der mit dem Fahrrad fuhr, wurde an einer Straßenecke von einem Pkw angefahren und zu Boden geworfen. Der Kraftfahrer brachte den Jungen in die Klinik, wo am Kopfe schwere Verletzungen festgestellt wurden. Es besteht Lebensgefahr. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Eberbach, 28. April. (Neuer Bürgermeister.) Innenminister Flaumer hat den bisherigen Stellvertretenden Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der N.S.D.A.P., Carl Engelhardt, zum Bürgermeister von Eberbach ernannt.

Bruchsal, 28. April. (Siegerin im Berufswettkampf.) Als Bezirksiegerin beim Berufswettkampf Gruppe Tabal wurde die Sortiererin Ida Blumhofer aus Forst zu der Reichsausscheidungskämpfen nach Berlin berufen. Mit einem schönen Geldgeschenk ihrer Arbeitgeberin, der Firma Körner, Bürger u. Co. hier, bedacht, hat Frä. Blumhofer am letzten Donnerstag die Fahrt zur Reichshauptstadt angetreten.

Mannheim, 28. April. (Flucht aus dem Leben.) In der Nacht zum Mittwoch hat sich ein 50 Jahre alter verheirateter Kaufmann in der Innenstadt in seiner Wohnung durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet. — Aus dem Neckar beim Kraftwerk Mannheim-Heidenheim wurde die Leiche eines 15 Jahre alten Väterlehlings gelandet. Der Verlebte wurde seit 18. 4. 34 vermisst und hat sich vermutlich an diesem Tage in den Neckar gestürzt. — Ein 48 Jahre alter, lediger ehemaliger Bürovorsteher von hier hat sich am Donnerstag früh in selbstmörderischer Absicht beim Auerbecken der Amicitia hier in den Neckar gestürzt, wobei er auch den Tod fand. Die Leiche wurde Donnerstag nachmittag gelandet.

Pforzheim, 28. April. (Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront.) Der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront für Süd-West, Pa. Plattner, hat verfügt, daß in Pforzheim mit Wirkung ab 1. Mai ein Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront errichtet wird. Als Sachberater wurden ernannt Pa. Hermann Mann hier, bisher beim Metallarbeiter-Verband, und Herr Karl Waier, bisher beim Arbeiterverband Pforzheim.

Bühl, 28. April. (Unfall.) Bei den Grabarbeiten zu Kanalisation im Oberamtsohof fiel dem dort arbeitenden Heinrich Reith ein schweres Betonrohr auf den Fuß. Die Verunglückte wurde von Dr. Böger behandelt und später mittels Sanitätswagen in seine Wohnung verbracht.

Altenheim bei Rehl, 28. April. (Verhängnisvoller Pferderitt.) Als der Offenburger Reitlehrer Pabst ein hiesiges Schulreiten besichtigte, kam er dabei einem als Schläger bekannten Pferde zu nahe. Das Tier schlug wiederum aus und traf Pabst so unglücklich, daß er mit doppelt gebrochenem Unterschenkel ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ludwigshafen, 27. April. (Neue Warnung für Darlehenssuchende.) Als Vertreter von Finanzierungsgesellschaften hatte der 27-jährige Elektrotechniker Friedrich Reiffinger aus Dagersheim eine ganze Anzahl von Darlehenssuchenden, meist kleine und unerfahrene Leute, hineingelegt und sie im Einzelfalle um 25 bis 90 Mark geschädigt. Zur Aburteilung kamen etwa 30 Fälle, bei denen sich Reiffinger, der sich erst in der Pfalz, dann auch in Baden im Wiesenthal betätigte, wo er sich als Bezirksdirektor Karl Huber von zwei fingierten Gesellschaften ausgab, insgesamt 1000 Mark erschwindelte. Wegen fortgesetzten Betrugs erhielt der bisher noch unbefragte Angeklagte vom Amtsgericht Ludwigshafen ein Jahr nean Monat Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe.

Landau, 27. April. (Große Devisenabhebung aufgedeckt?) Am Freitag vormittag wurden durch Beamte der Zollfahndungsstelle Ludwigshafen wegen des Verdachts eines Vergehens gegen die Devisenverordnung der Landesproduktionshändler Edmund Trauth aus Herzheim, dessen Buchhalter Dilg, die Brüder Sib aus Herzheim bzw. Kaiserslautern und Rechtsanwalt Dr. Kaufmann aus Landau vorläufig festgenommen. Näheres kann im Interesse der Untersuchung vorerst nicht gesagt werden.

Wieder Schnee im Hochschwarzwald. Feldberg, 27. April. Nachdem vor kurzem bereits der Sommer seine Besuchskarte im Hochschwarzwald abgegeben hatte

und an einigen Tagen bis zu 24 Grad Wärme gemessen wurden, ist es seit 48 Stunden in den Gipfeln des Schwarzwaldes kälter geworden. Dienstag und Mittwoch fiel auf den Halden des Feldbergs und Herzogenhorns wieder Neuschnee, so daß die Matten frühmorgens eine dünne Schneeschicht trugen. Der Thermometer sank auf drei Grad unter Null.

Mit Vollgas durch den Schlagbaum. Thelen (Bez. Trier), 27. April. Nachts versuchte ein Kraftwagen, die Zollgrenze ohne Kontrolle zu passieren. Auf die Haltebefehle der französischen Zollbeamten gab der Chauffeur Vollgas und rannte den Schlagbaum nieder, ohne besonderen Schaden am Wagen zu nehmen. Mit Motorrädern verfolgten die Beamten den flüchtenden Wagen und stellten ihn durch Zerschleßen der Hinterräder. Bei der Durchjudung des Wagens fand man schätzungsweise für 10 000 Franken Seidenwaren, die eine Neher Großfirma erhalten sollte. Die Schmuggelwaren wurden beschlagnahmt, die Insassen verhaftet.

Marktberichte.

Sinsheimer Wochenmarkt vom 28. April. Salat Stück 15 Pfg., Spargel Pfd. 30-45, Rhabarber Pfd. 20, Blumenkohl Stück 40, Gelberüben Pfd. 12, Rettig Bund 10, Freiburgener Stück 55, Sellerie Stück 10-20, Schnittlauch Bund 5 Pfg.

Schweinemarkt in Eppingen vom 27. April. Der heutigen Schweinemarkt war besetzt mit 289 Milchschweinen und 160 Läufern. Die Preise der ersteren waren 18-38, der letzteren 42-50 Mark per Paar.

Heidelberger Wochenmarkt vom Freitag, den 27. April. Kartoffeln 4-5 Pfg., Weißkraut 15-18, Rotkraut 15-18, Blumenkohl 25-30, Rhabarber 5-10, Spint 6-10, Tafeläpfel 15 bis 40, Tafelbirnen 15-30, Kochäpfel 15-25, Kochbirnen 15-20, Kopfsalat Stück 15-20, Feldsalat 1/4 Pfd. 10-15, Schlangengurken 40-70, Rettig Gebund 20-40, Radishes Gebund 6-8, Tomaten 50-75, Spargel erste Wahl 40-45, Spargel zweite Wahl 25-35, Spargel dritte Wahl 20-25, Schwarzwurzeln 30-40, gelbe Rüben 10-15, rote Rüben 10-15, Zwiebeln inländ. 10-12, Zwiebeln ausländ. neue 18, Sellerie 15-25, Merrettig Stück 20-50, Eier 8-12, Landbutter 125-130.

Wetterbericht

Wetter für Samstag und Sonntag. Im Osten liegt schwacher Hochdruck, über Großbritannien eine Depression. Für Samstag und Sonntag ist mehrfach bedecktes, unbeständiges Wetter zu erwarten.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 29. April. (Kantate.) Tag des evang. Kirchenlebens. 1/2 10 Uhr Hauptgottesdienst mit Kirchenchor: Stadtpfarrer Schneider. Anschließend Christenlehre: Stadtpfarrer Schneider. 1 Uhr Kindergottesdienst: Stadtpfarrer Müller. Dienstag, den 1. Mai. (Feiertag der nationalen Arbeit.) 1/2 8 Uhr morgens Gottesdienst: Stadtpfarrer Schneider. Donnerstag, den 3. Mai. 8 Uhr Wochengottesdienst: Stadtpfarrer Müller.

Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 29. April. 7 Uhr Frühmesse. 1/2 9 Uhr Amt. Anschließend Flurprozession. 1 Uhr nachmittags Andacht. Dienstag, den 1. Mai. 1/2 8 Uhr Amt. 6 Uhr nachmittags feierliche Eröffnung der Maiandacht. Donnerstag, den 3. Mai. 9 Uhr Abends heilige Stunde. Freitag, den 4. Mai. 1/2 7 Uhr Herz-Jesu-Amt. 8 Uhr abends Maiandacht. Im Uebrigen wolle man den Anschlag an den Kirchüren einsehen.

Evangelisches Vereinshaus.

Sonntag, den 29. April. Abends 8 Uhr Versammlung. Bischöfliche Methodisten-Kirche (Evang. Freikirche) Sinsheim, Adolf-Hilferstraße 19. Sonntag, den 29. April. 9.45 Uhr Predigtgottesdienst. Prediger W. Blecher. 11 Uhr Sonntagsschule. 20.15: Volksmissionsvortrag. Prediger W. Blecher. Mittwoch, den 2. Mai. 20.15 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Prediger W. Blecher.

Vereinsbank Sinsheim

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht. Die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

findet am Sonntag, den 6. Mai 1934 nachmittags 2 1/2 Uhr im Saale des Gasthauses zum „Löwen“ in Sinsheim mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über die Geschäftsergebnisse des Jahres 1933. Prüfungsbericht des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Bilanz, Entlastung des Vorstandes u. des Aufsichtsrates. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns.
3. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Etwaige Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Sinsheim, den 24. April 1934.

Der Aufsichtsrat der Vereinsbank Sinsheim

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Edwin Bergdolt, Vorsitzender.

Achten Sie genau auf die anerkannt gute Marke



Futtermittel:

- Hafer . . . Pfund 12 Pfg.
- Gerste . . . Pfund 12 Pfg.
- Weizen . . . Pfund 13 Pfg.
- Welschkorn . . Pfund 13 Pfg.
- Eierlegemischfutter Pfd. 12 Pfd.

Neu aufgenommen Hühner-Brot Domator hergestellt aus deutschen Rohstoffen, enthält alle für das Huhn wichtige Aufbau-stoffe. Laib ca. 2 Pfund 25 Pfg.

- Geflügelkörnerfut. of. Pfd. 12 Pfg.
- Geflügelkraftfutter Muskator 5 Pfund-Beutel 65 Pfg.
- Küchekörnerfutter Pfd. 17 Pfg.
- Küchen-Erstlingsfut. Pfd. 15 Pfg.
- Hirse geschält, Pfd. 12 Pfg.

3 0/0 Rabatt Bei Abnahme von groß. Mengen entsprechend billiger.

Schreiber



Fleischiges Mädchen nicht über 20 Jahre, evang. für Landwirtschaft und Bäckerei gesucht. Auskunft erteilt Karl Pletzer Schneidermeist., Stillingen

Empfehle mich für sämtliche Reparaturen

an Dampf- und Motordreschmaschinen, sowie auch zum Umtausch von Dreschmaschinen aller Art. Auch Kesselschmiedarbeiten werden ausgeführt. Friedrich Wink, Monteur Untergimpfen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigen Gedenkens und treuer Anteilnahme anlässlich des Heimgangs unseres lieben, unvergesslichen Gatten und Vaters

Wilhelm Bender, Prediger

danken wir herzlich und wünschen allen, die ihm bei Lebzeiten und beim Heimgang in irgend einer Weise Liebe erwiesen haben Gottes reichen Segen.

Namens der Trauernden:

Frau Anna Bender.

Sinsheim, den 27. April 1934.

Klavier-Unterricht

erteilt

Melanie Neal staatl. anerkannte Klavierlehrerin

Anträge

auf Eröffnung des Entschuldungsverfahrens für landwirtschaftliche Betriebe sind zu haben bei der G. Becker'schen Buchdruckerei.

Ein Blick in die Welt.

Nr. 12



Truppenbesichtigung der Reiteroffiziere in Nizza.

Die Offiziere, die gegenwärtig am Internationalen Reitturnier in Nizza teilnehmen, besichtigten das Bataillon der Alpenjäger. Unser Bild zeigt den Kommandanten von Nizza, General Meyraud, mit seinen Gästen bei dem Abschieden der Front; links neben ihm sieht man den Kommandeur der Kavallerie-Schule Hannover, Generalmajor Freiherrn von Dalwigk-Lichtenfels — rechts den deutschen Militärattaché in Paris, Generalleutnant Kühnental.



Das erste Originalbild von der Grubenkatastrophe bei Sarajevo.

Dieses erste Originalbild vom Schauplatz des großen Grubenunglücks bei Sarajevo in Südslavien berichtet von der Beisetzung der ersten Opfer der Katastrophe.



Eröffnung des Ernst-Röhm-Hauses in München.

In Feldafing bei München eröffnete der Stabschef der SA, Reichsminister Ernst Röhm, die erste deutsche NSD.-Oberschule, in der deutsche Jugend in nationalsozialistischem Geiste herangebildet wird. Die Schule führt den Namen Ernst-Röhm-Haus.

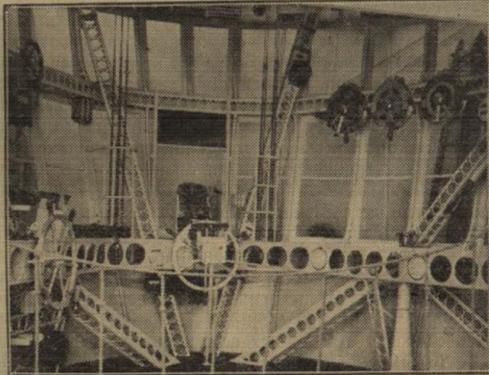


Sieger in der Deutschen Waldlaufmeisterschaft, die in Dresden zum Austrag kam, wurde Spring (rechts) vor seinem schärfsten Gegner Kohn (links).

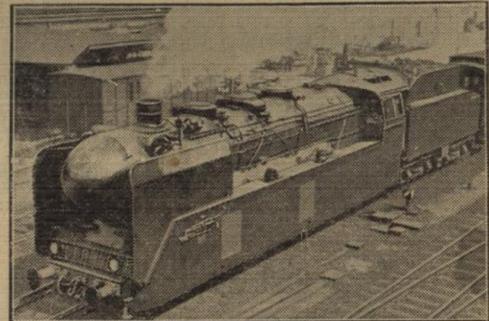


Vom Hindenburg-Gepäckmarsch

der über 35 Kilometer unter starker Beteiligung unserer Läufer sowie der Reichswehr und SA in Berlin ausgetragen wurde: eine Reichswehrpatrouille geht im Paradeschritt durchs Ziel und wird von den Zuschauern lebhaft begrüßt.



Der Führerstand des neuen deutschen Luftriesen „Z.3.129“ bildet einen der interessantesten Ausstellungsgegenstände auf der großen Berliner Schau „Deutsches Volk — Deutsche Arbeit“.



Eine Lokomotive mit 170 Kilometer Geschwindigkeit, die versuchsweise von der Reichsbahn eingestellt wurde.



Ministerpräsident Göring beruft Himmler zum Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes.

Ministerpräsident Göring hat den Reichsführer der SA, Himmler, zum Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes ernannt. Unser Bild zeigt, wie Himmler durch Handschlag von Ministerpräsident Göring auf sein neues Amt verpflichtet wird.



175-Jahr-Feier der reitenden Artillerie.

Aus Anlaß des 175. Gründungstages der IV. reitenden Abteilung des 3. Preussischen Artillerieregiments fand in Potsdam eine Parade vor dem Chef der Heeresleitung, Generalleutnant von Fritsch, statt.

Arbeit schaffen ist nationale Pflicht!